

gab es auch Uebelstände, diese wurden aber zu überwiegendem Teile durch die ungünstigen Ernten der letzten Jahre und durch die Undiszipliniertheit der Bevölkerung verursacht. Die landwirtschaftlichen Arbeiter waren im verflossenen Jahre so glänzend organisiert, daß zahlreiche Landwirte erklärten, noch niemals mit solcher Leichtigkeit zu Arbeitern gekommen zu sein. Die Viehzucht vermochte nicht nur die Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, sondern auch der Nachfrage der übrigen Konsumenten zu entsprechen. Heute ist die Aufrechterhaltung der fleischlosen Tage nicht mehr notwendig. Redner lenkt die Aufmerksamkeit des Finanzministers auf die Tabakproduktion; die Einführungspreise für Tabak sind zu niedrig, was eine der Hauptursachen des Tabakmangels bildet; hier wäre eine Milderung der Einfuhrvorschriften und eine entsprechende Erhöhung der Preise wünschenswert. Eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise ist notwendig, sie könnte übrigens ohne Belastung der Konsumenten erfolgen. Er schließt sich ferner dem Wunsche nach Maximierung der Industriearbeit, besonders der für die Landwirtschaft notwendigen Industriearbeit an. Zur Sicherstellung der nächstjährigen Ernte wäre auch die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Landwirten und Gefinde notwendig; die einschlägigen gesetzlichen Verfügungen sind unzulänglich.

Redner bespricht hierauf die Ernährungsfrage. Der richtigen Organisation von Seiten der Regierung ist es zu danken, daß trotz der ungünstigen Ernten die Verhältnisse im großen und ganzen befriedigend waren. Es ist unser aller Pflicht, dazu beizutragen, daß unsere Volkswirtschaft erstarke. Redner erachtet die Verfügungen der Regierung als zweckentsprechend und nimmt den Regierungsbericht zur Kenntnis.

Abgeordneter Stefan Bottlik:

Die Sicherung der Lebensbedingungen der arbeitenden Millionen wäre die höchste Aufgabe des inneren Regimes gewesen; sie wurde nicht entsprechend gelöst. Den durch den Krieg veränderten Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion könne man mit Polizeimaßregeln nicht genügen, es wären hier Zugtiere, landwirtschaftliche Maschinen und militärische Arbeitskräfte notwendig gewesen. Der Regierung hat man aus Deutschland eine Anzahl von Flugmaschinen mit Motorbetrieb angeboten; Redner habe Beweise dafür, daß dieses Angebot aus finanziellen Gründen abgelehnt wurde.

Abgeordneter Georg Szmeccsanyi: Segen Sie sie vor! Niemand interessiert sich. (Rufe: Weder der Minister, noch sein Staatssekretär ist anwesend! Lärm. Rufe links: Wir wollen hier nicht nur die Zeit vergeuden! Lärm rechts und links. Präsident läutet.)

Abgeordneter Stefan Bottlik (fortfahrend) beschäftigt sich mit den Mißständen, die bei der Anschaffung des Saatgutes vorkamen. Die Regierung hätte alles aufbieten müssen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Man hätte auch den Konsum der Lebensmittel im Lande einheitlich regeln sollen. Es sollten auch bei uns nach deutschem Beispiel Zentralflächen errichtet werden. Man müsse endlich dagegen auftreten, daß alle Lasten den Konsumenten und den Landwirten auferlegt werden. Die Preise der primitiven Bedarfsartikel der industriellen Produktion müssen maximiert werden. Jeder Zugus soll aufhören. (Rufe links: Es ist finster! Wir bitten um Licht! Heiterkeit.) Die Tätigkeit der verschiedenen Zentralen sei höchst bedenklich; einige Zentralen gingen einfach aus dem Kartell hervor; der einzige sichtbare Nutzen der Zentralen ist die Preiserhöhung der Artikel.

Redner führt Beispiele dafür an: Die Dezentrale hat die Einfuhr von Speiseöl und Seife für die Hauptstadt verhindert. (Rufe: Unerhöht! Anderswo wird die Regierung dafür unter Anklage gestellt! Lärm links.) Die Pflaumenzentrale hat die Preise hinausgeschraubt. (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Rakovsky: Das ist einfach verrückt! (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Bottlik (fortfahrend): Die Warenabteilungen der Großbanken reißen alles an sich (Lärm und Zwischenrufe links), das Kapital wirft sich auf die Landwirtschaft, es ist zu befürchten, daß die Spekulation die Bodenpreise steigert. Das muß mit allen Mitteln vereitelt werden. Es gilt vor allem, die Schwächen gegenüber dem Kapital zu beseitigen. Gleiche politische Rechte für alle werden das neue Ungarn erblühen lassen, denn die Völker der Schlingengraben kehren mit gestärktem Selbstbewusstsein zurück, sie werden die künstlichen Schranken vor dem Volksrechte auflösen.

Redner nimmt den Regierungsbericht nicht zur Kenntnis. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abgeordneter Johann Mähly-Szabó

zieht eine Parallele zwischen dem gegenwärtig tohrenden Weltkrieg und den napoleonischen Kriegen, in denen Frankreich die Weltmacht Englands bedrohte. Jetzt steht der englischen Ausdauer die deutsche Ausdauer gegenüber. Unsere strategische Ueberlegenheit ist zweifellos und wir alle sind von der siegreichen Beendigung des Krieges überzeugt; dennoch müssen wir darauf vorbereitet sein, daß der Krieg noch längere Zeit dauern werde. Die Erhaltung der Kampfkraft unserer Heeres steht außer Zweifel und auch der jetzt eingeleitete verstärkte Unterseeboottkrieg, der zweifellos allen eventuellen Konsequenzen Rechnung getragen hat, verspricht den größten Erfolg. Der Name Hindenburg, der alle hervorragenden Eigenschaften eines großen Feldherrn und Patrioten in sich vereinigt, begeistert die Truppen zu Wasser und zu Lande. (Lebhafte Beifall.) Große Bedeutung muß indessen auch den Fragen der Verpflegung und des Verkehrs eingeräumt werden. Die Schwierigkeit in der Volksernährung sind zum großen Teil auf Transportbeschwerden zurückzuführen. Die Regelung des Verkehrs ist ein Problem, das auch für die Zeit der Regeneration von höchster wirtschaftlicher Bedeutung wird. An Stelle der bisherigen Zentralisation des Verkehrs muß eine Dezentralisation treten und namentlich vom Gesichtspunkte des Verkehrs mit dem Balkan müssen die Verkehrsverhältnisse der größeren Städte des Alpbis geregelt werden. (Beifall rechts.)

Unsere bisherige Verkehrspolitik hat die Bedeutung der Wasserstraßen nicht entsprechend gewürdigt. Besonders ausführlich beschäftigt sich Redner mit dem Donauverkehr. Er weist darauf hin, daß vor kurzem dem böhmischen Landtag ein Gesetzentwurf über die Errichtung des Donau-Main-Kanals unterbreitet worden ist. Die Donau wird zum wichtigsten Verkehrsmittel Mitteleuropas werden. Wir müssen den Verkehr auf der Donau, namentlich im Interesse unserer an der Donau liegenden Städte, insbesondere der Hauptstadt Budapest, für unsere wirtschaftlichen Zwecke verwerten. Das in beiden Richtungen auf der Donau schwimmende Rohmaterial kann zur mächtigen Quelle der Industrialisierung Ungarns werden. Den ersten Schritt zur entsprechenden Verwertung der Wasserstraßen muß die Errichtung von Lagerstationen bilden, mit deren Unterstützung ein Teil des Verkehrs der überbunden Eisenbahnen auf die Wasserstraßen übertragen werden

könnte. Ausführlich bespricht Redner auch die Schiffbarkeit der Theiß und stellt fest, daß auch für diese keine wesentlichen Hindernisse mehr bestehen. Auch vom Gesichtspunkte der Mehrproduktion ist die Förderung unserer Verkehrsmittel unerlässlich. Schließlich stellt Redner fest, daß die außerordentliche Tätigkeit, die die Regierung während der ganzen Kriegsdauer entfaltet hat, von praktischen Ergebnissen begleitet war. Den Bericht der Regierung nimmt er zur Kenntnis. (Lebhafte Beifall und Applaus rechts.)

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini:

Es wäre hoch an der Zeit, daß die Regierung sich über alle Fragen äußere, damit wir uns rechtzeitig für die Friedenszeit vorbereiten können. Das Stillschweigen der Regierung kann zwei Ursachen haben: entweder hat sie kein Zukunftsprogramm (Zustimmung links), oder sie hat ein solches, das sie aber nicht wagt, zu veröffentlichen. Die sichtbaren Resultate ihrer bisherigen Tätigkeit sind nicht befriedigend. Ihre Verfügungen sind gekennzeichnet durch den Mangel an Voraussicht. Dieser Mangel hat sich besonders bei der Frage des Volksernährungsamtes erwiesen. Seine Errichtung ist zu spät erfolgt. Redner bespricht hierauf landwirtschaftliche Fragen, Aufgaben der Viehzucht, Milchproduktion, Futterverteilung und kommt zu dem Resultat, daß die Regierung auch auf diesen Gebieten nur die Vorschläge der Opposition, allerdings verspätet, verwirklicht habe. Diese Verspätung habe einerseits zu einem großen Mangel, andererseits zu einer unverhältnismäßigen Teuerung geführt. Die Züchter streifen Millionen Gewinne ein. Auf dem Gebiete der Volksernährung können normalere Verhältnisse nicht geschaffen werden, ehe nicht die Getreidepreise mit den Fleischpreisen und den Preisen der Industriearbeit in Einklang gebracht worden sind. Die logische Folge dessen wäre die Feststellung von Höchstpreisen für die Industriearbeit, die Redner warm befürwortet. Redner hätte ferner gewünscht, daß die Regierung im Hause ein Programm geboten hätte, wie sie die Volksernährung im nächsten Jahre sicherstellen will. Verspätung befindet sich auch in der Weise, wie der Kohlenmangel bekämpft wird. Wenn schon öffentliche Institutionen geschlossen werden mußten, warum wurden zuerst die Schulen, diese Warmstätten der Jugend, dann die Unterhaltungslokale des Volkes und erst zuletzt die Vergnügungslokale der Reichen gesperrt? Redner fragt die Regierung, wie hoch die Tagesproduktion an ungarischer Kohle ist und um wie viel sie gesteigert wurde.

Ebenso unorientiert wie in den wirtschaftlichen Fragen ist die Regierung auf dem Gebiete der Politik und der Diplomatie. Der Ministerpräsident und Baron Burian haben sich mit aller Kraft gegen die Einberufung der Delegationen gewehrt. Am 31. Januar haben sich Deutschland und die Monarchie zu wichtigen Schritten, zur Beilegung des Kriegsendes entschlossen, — der Ministerpräsident hat aber über den damals erwarteten verschärften Unterseeboottkrieg das Parlament erst Tage später verständigt. Sein Einfluß auf die Diplomatie erscheint also sehr gering. Redner will drei Fragen an die Regierung richten, von deren Lösung die Zukunft Ungarns abhängt. Die erste Frage betrifft das Wahlrecht; auf diese hat die Regierung schon eine ablehnende Antwort erteilt. Die zweite Frage berührt die nationale Verfassung. Gewisse Einwanderer, das Kapital und die Heereslieferanten kaufen den verfügbaren Boden auf. Der Altruismus dieser Kreise ist problematisch; sie wollen die Konjunktur ausnützen.

Unsere Landwirte werden nach dem Kriege entweder zu Sklaven der Banken, oder zu Auswanderern werden. Man müßte schon jetzt eine Statistik des während des Krieges erfolgten Grundbesitzverkehrs anfertigen, um so die Grundlagen einer gesunden Verfassung zu schaffen. Die Regierung sollte von unserem Herrscher lernen, der, als er das Karlskreuz stiftete, die Verdienste unserer in den Schlingengraben kämpfenden Söhne hochschätzte. Diesen Söhnen gebührt auch hier die Anerkennung. Nach dem Kriege müssen wir auch zur Frage der Heeresreform Stellung nehmen. Die Institution der Erbschleiferei, die Frage der Unteroffiziere harren einer gründlichen Reform. Die Berufsoffiziere würden, im Dienst heute überbürdet, nach der Reform mehr für ihre Fachkenntnisse tun können. Redner kennt die Offiziere unserer Armee, sie sind treffliche Menschen, die durch einzelne Verirrungen nicht in ihrem Ganzen kompromittiert werden können. Die Reform des Generalstabes, des Sanitäts- und des Intendantenwesens sind die Marksteine unserer bevorstehenden Reformaufgaben. Vorerst sind aber die mit der Demobilisierung verbundenen Fragen zu bereinigen.

Redner kommt auf die innere Politik zu sprechen, namentlich auf die Reichstagsreden der Mehrheitspartei; bei der Evaluation Siebenbürgens sind Unterlassungen vorgekommen, da man das Prestige wahren wollte. Tausende sind dabei umgekommen. (Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Rakovsky: Das gehört vor das Strafgericht! (Zustimmung links; Lärm; Präsident läutet.)

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány: Sie haben Tausende Kinder dem Hunger preisgegeben. (Lärm.)

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini (fortfahrend): Die Mehrheitspartei zeigt keineswegs das Bild der Entschlossenheit, wenn es sich um die Verteidigung des Ministerpräsidenten handelt; die Redner in dieser Debatte haben keinen solchen Kampfmuth gezeigt, wie die Reichstagsreden es erwarten ließen. Es gibt in der Unabhängigkeitspartei Gruppen; es gibt einen Blod der fünfzig „Reinen“, der keine Inkompatibilität duldet. Diese Inkompatibilität der Abgeordneten ist eine ganz eigentümliche Sache. Graf Tisa kennt außer der gesetzlichen auch eine moralische Inkompatibilität. Kann es mit dieser moralischen Inkompatibilität vereinbar sein, daß ungarische Abgeordnete dem deutschen Militärarzt Pferde verkauft haben? Unser Verbündeter war in der Auffassung, daß er Pferde von den Züchtern kauft; über die Meinung, die man in deutschen Kreisen bekam, als man erfuhr, daß der Verkäufer kein „Bund“, sondern eigentlich eine Handelsgeellschaft sei, will Redner lieber schweigen. Der Ministerpräsident dürfte wahrlich nicht abwarten, daß die Presse und die Opposition die Inkompatibilität der Mitglieder seiner Partei enthülle. Aber selbst dann macht er noch Unterschiede, denn es gibt Abgeordnete, die aus der Partei austreten müssen, andere, die ihr Mandat niederlegen müssen, andere wieder, die es behalten dürfen. Der Ackerbauminister hat hier erklärt, daß im Honvédsministerium keine Lieferanten vorgeschrieben haben. Der Minister irrt aber auch nicht. Wenn ja, so zeigt das, daß auch die Lieferungen für die Honvéds vom Kriegsministerium besorgt werden. Wenn nicht, so hat der Herr Minister hier eine Unorientiertheit an den Tag gelegt, wie sie selbst in Ungarn aus Ressortminister nicht befunden dürfen. Redner begrüßt mit Genugtuung den Purifizierungsprozeß der Mehrheit. Den Regierungsbericht nimmt er jedoch nicht zur Kenntnis. (Lebhafte Beifall links.)

Kriegstagung des Reichstages.

Die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten.

Budapest, 20. Februar.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisa war heute abwesend, und dieser Umstand schien es zu verursachen, daß das erwartete Ereignis der Sitzung, eine Rede des Grafen Julius Andrássy, unterblieb. Immerhin ließ auch der heutige Tag das kontrastvolle Verfahren nicht vermissen.

Es sprach Abgeordneter Géza Beliczky, der, einige wirtschaftliche Gesichtspunkte ausgenommen, durch aus die einheitliche Auffassung der Rechten vertrat. Ebenso machte der nächste Redner, Abgeordneter Stefan Bottlik, das geltend, was sich in dieser Debatte aus den Reden der oppositionellen Abgeordneten bisher als Kritik der Linken herauskristallisierte. Eine Spezialfrage hatte sich Abgeordneter Johann Szabó gewählt. In guter Vorbereitung unterbreitete er dem Hause Ausführungen, die unsere zukünftige Schiffschiffahrt, namentlich die Fragen der Donau- und Theißschiffahrt, wirksam und instruktiv beleuchteten.

Nach einer Reihe kritischer Auslassungen über die kriegswirtschaftlichen Verfügungen der Regierung schlug Markgraf Georg Pallavicini, die Inkompatibilitätsfrage berührend, schärfere parteipolitische Töne an, die ziemlich herausfordernd klangen. Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány berichtigte in knappen, die tatsächlichen Umstände feststellenden Ausführungen die Irrtümer, die dem Vorkredner in seiner kriegswirtschaftlichen Kritik unterlaufen waren.

Den politischen Teil der Polemik besorgte dann Abgeordneter Jwan Rakovsky. So weit es sich darum handelte, die Attake des Markgrafen Georg Pallavicini zurückzuweisen, war er durchaus glücklich in seinem Beginnen. Was er aber über die allgemeine Politik zu sagen hatte, war in einzelnen Punkten weniger glücklich. Das offene Bekenntnis dieses Redners zur konföderativen Politik mag ja manches erklären; aber die These, daß konservative Politik identisch sei mit der Bewahrung von Werten, darf nicht unwiderprochen bleiben. Hat etwa der liberale und demokratische Fortschritt nationale, gesellschaftliche oder menschheitliche Werte jemals zerstört? Freisinn und Demokratie haben immer und überall die wirklichen Werte gemehrt, die Völker und Staaten zu höheren Stufen der Entwicklung emporgetragen. Die konservative Politik beruht auf dem Gesez der Trägheit, und da sie das Seiende erhalten will, wirkt sie hemmend auf den Fortschrittsdrang und den Freiheitsdrang; von ihr gilt das Wort: „Rast ich, so rost ich“. Eine solche Politik mag strebsame Politiker in die Höhe bringen. Völkern und Staaten ist sie noch immer zum Verhängnis geworden.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szabó eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Alfred Pál, Felix Szinyei-Merse, Koloman Szója.

Auf den Ministerfautenils: Teleky, Balogh, Baron Ghillány, Janlovich.

Auf der Tagesordnung steht die fortsetzungsweise Debatte über den sechsten Regierungsbericht betreffend die Inanspruchnahme der Ausnahmegehalt im Kriege.

Abgeordneter Géza Beliczky:

Die Beurteilung der Lage führt uns zu der Ueberzeugung, daß die ungarische Nation in diesem Weltkriege ihre Aufgabe glänzend erfüllt hat. Dazu hat in hervorragendem Maße die Umsicht der Regierung beigetragen, mit der sie die Ausnahmegehalt anwendete. Diese Verfügungen haben namentlich die Produktion in musterhafter Weise geregelt. Wohl